

Stadt Schwäbisch Hall Haushalt 2014 / 2015

Verabschiedung Haushalt am 18.12.2013

Fraktion der CDU

Wir haben uns mit dem Haushaltsplan 2013 / 2014 intensiv auseinandergesetzt und vergleichsweise wenige, aber überwiegend erfolgreiche Anträge gestellt. Wir sind zu der Meinung gelangt, dass dieser Doppelhaushalt großzügig ist und praktisch alle wesentlichen Wünsche verschiedener Seiten tendenziell erfüllt. Er setzt voraus, dass die optimistischen Ansätze sich erfüllen und wir weiterhin in guten Verhältnissen leben und wirtschaften können. Die Risiken bestehen darin, dass sich die wirtschaftliche Lage nicht verschlechtern darf und wir auch nach 2015 ausreichend Spielraum für geplante Vorhaben besitzen.

1. Allgemeine Lage

Nach der Bundestagswahl ist nun im Dezember 2013 eine neue Bundesregierung angetreten, die als wichtigstes Signal Stabilität und wirtschaftliche Prosperität erwarten lässt. Wir wissen und schätzen, dass auch in unserem Raum die relativ gute wirtschaftliche Lage, die geringe Arbeitslosigkeit und die gute Baukonjunktur getragen werden von fähigen und fleißigen, arbeitenden Menschen. Sie sind angewiesen auf öffentliche Infrastruktur und Bildung. Wir besitzen private innovationsfreudige, wettbewerbsorientierte und erfolgreiche Unternehmen vor allem des Mittelstands, Dazu gehören insbesondere bedeutende größere Familienunternehmen. Folge für unsere Stadt sind unter anderem eine gute Beschäftigungslage, eine unverändert rege Nachfrage nach Bauplätzen, florierender Einzelhandel, demographische Stabilität mit leichter Tendenz zu einem Bevölkerungszuwachs und gute Steuereinnahmen. Die Stadt hat in der Vergangenheit viel für die Rahmenbedingungen einer starken Entwicklung geleistet, eine Leistung, die wir an dieser Stelle gerne anerkennen und auch künftig unterstützen. Die Prognosen für die nähere Zukunft sind, wie gesagt, zwar stabil, aber unsere Partnerländer in der Europäischen Gemeinschaft stehen teilweise ganz anders da, weitaus weniger günstig. Wie sich der Ruf nach Unterstützung und Solidarität in Europa auswirken wird, wie sich die Währung stabilisiert, bleibt abzuwarten. Daher ist unverändert eine Portion Vorsicht mittelfristig angebracht. Bezogen auf unseren Haushalt betrifft dies insbesondere unsere Mittelfristplanung.

2. Lage des Haushalts

Mit dem vorgelegten Haushaltsplan sind wir insgesamt recht zufrieden. Soweit erkennbar wurden viele Zahlen, die im vorausgehenden Doppelhaushalt aufgrund des Systemwechsels noch neu waren, bestätigt und fortgeschrieben. Die Stadt hat nun eine Bilanzsumme. Zwar kann man über den Ansatz der Vermögenswerte diskutieren, denn unsere Wege und Straßen, wie überhaupt das meiste, sind unverkäuflich. Aber wir können das Vermögen sortieren und mittelfristig wissen wir, wo das Geld unserer Steuerzahler geblieben ist. Wir erkennen tendenziell den Wertverzehr durch Abnutzung, wenn, was es unverändert gibt, Instandhaltungsrückstände drohen oder gar bestehen. Wir meinen, es ist ein relativ praller Haushalt, der aber immerhin so gut wie schuldenfrei kalkuliert werden konnte.

3. Folgerungen aus der derzeitigen Situation

Wir müssen alle überlegen, welche Folgen die heutige Situation für uns hat. Wir haben in der Stadt wieder größere Projekte gestemmt, die Markthalle am Kocherquartier, die Fortführung der Westumgehung, den Kauf und Verkauf von viel Bauland und die zusätzliche Erschließung nennenswerter neuer Baugebiete für den Wohnungsbau aber auch für die gewerbliche Wirtschaft. Die erste neue Feuerwache steht vor der Vollendung. An den Kunstrasenplätzen und der Zukunft des Auwiesenstadions wird gearbeitet.

Die Schulden der Stadt stecken unverändert weitgehend in den Eigenbetrieben und Tochtergesellschaften. Nicht so recht wohl ist uns, dass mittlerweile deutlich erkennbar das Geschäftsvolumen der Tochtergesellschaften über demjenigen des Kernhaushalts der Stadt liegt. Die Verbindung besteht durch ein hohes Volumen an Bürgschaften der Stadt für diese Tochtergesellschaften.

Ein echtes Struktur- und Demokratiedefizit besteht darin, dass die Tochtergesellschaften von einer Holding, der SHB, gesteuert werden, in der der Gemeinderat nicht repräsentiert ist. Zumindest einige wenige Repräsentanten wären schon sehr wünschenswert. Dies haben wir in der Vergangenheit gefordert, bisher leider vergeblich.

Das Risiko der Tochtergesellschaften wird aufgefangen durch ihre Eigenmittel, die, wie sie selbst, der Stadt gehören und erforderlichenfalls durch die Stadt unmittelbar. Ein gewisses Unwohlsein betrifft den Umstand, dass die Aktivitäten gewisser Tochtergesellschaften außerhalb des Versorgungsgebiets ein immer größeres Volumen umfassen und insoweit anscheinend politisch bisher keine Grenzen gesetzt wurden.

Es wird von den Gemeinderäten meiner Fraktion als starkes Stück empfunden, wenn wir ausgerechnet heute, am 18.12.2013, aus der Zeitung lesen dürfen, eine Tochtergesellschaft der Stadt habe rund 10 Millionen Euro auf eine Beteiligung in Osteuropa abgeschlossen. Der Gemeinderat hört wohl als letzter davon. Das ist ein Unding.

Wir haben bereits früher gefordert, dass für den Fall wirtschaftlich veränderter Situationen es auch ein Szenario geben sollte, wie wir solche Risiken begrenzen und abbauen. Wir fordern und erwarten unverändert zumindest in der vor uns liegenden Periode auf diesem Gebiet der städtischen oder stadtnahen Körperschaften mehr Klarheit und auch Transparenz nicht zuletzt für den Bürger. Es ist schließlich nicht Aufgabe der Stadt (im weiteren Sinne) möglichst viel zu besitzen, mit privaten Unternehmen in Wettbewerb zu treten oder uns an deren unternehmerischen Risiken weltweit nennenswert zu beteiligen. Die Stadt hat primär die Aufgabe – bei aller gebotenen Sozialfürsorge, Versorgungssicherheit und Wirtschaftsförderung - die Rahmenbedingungen zu setzen, in denen sich unsere Bürger und unsere Wirtschaft erfolgreich betätigen können.

4. Einzelne Projekte

Die Vorhaben der Verwaltung hat der Oberbürgermeister bereits in seinen Ausführungen unter dem Titel „Wachstum fortsetzen, Investitionen fokussieren, dem demographischen Wandel trotzen, die Stadt verändern“ dargelegt. Wir tragen diese Perspektiven grundsätzlich mit, die sich in einzelnen Vorhaben wiederfinden, wie Baugebieten, Gewerbeförderung, Tiefbauthemen diverser Art vom Hirschgraben über die Entwicklung der Kocherufer, der Weilerwiese bis zur Entwicklung des erworbenen Bahnhofsgeländes. In den Details bleibt noch viel zu erörtern.

Konflikte sehen wir in jeder größeren Planung, die abzuwägen sind. In den Wohngebieten räumen wir, vielleicht anders als die Verwaltung oder andere Fraktionen, dem Vertrauensschutz der Anlieger durch bestehende Bebauungspläne hohe Priorität ein. Ich meine damit den Keckenweg.

Ein ebenfalls unter die Sorge um die Anlieger fallendes Thema ist die Ansiedlung und die Prüfung der Verträglichkeit von Club-Aktivitäten am Kocher. Immerhin hat die Verwaltung eine Investition von 400.000 Euro anvisiert. Unabhängig von der Schieflage, dass bei einer jüngst stattgefundenen Mitgliederversammlung die Presse von 25 Teilnehmern berichtete, sind auch hier die Verhältnismäßigkeit und das Normalmaß der Vereinsförderung zu beachten.

Dringenden Bedarf sehen wir für ein Messegelände, das der zentralen Funktion unserer Stadt gerecht wird. Zum Bedauern mancher hat eine Mehrheit die Messehallen auf den Kocherwiesen in Steinbach aufgegeben, bisher ersatzlos. Ob sich eine Industriebrache am Bahnhof in Hessental als Messegelände und für eine Millioneninvestition eignet, bleibt abzuwarten. Bedauerlich ist, dass eine riesige ehemalige Flugzeughalle im Solpark von der Verwaltung vernachlässigt wird und nicht stärker im Vordergrund der Entwicklung steht. Nichts ist alternativlos.

Die Förderung von Freiräumen für Kinder und Jugendliche ist das Anliegen wohl aller Mitglieder des Gemeinderats und der Verwaltung. Als eine ausgesprochene Fehllei-

tung sehen wir es an, dass sich gewisse Stimmen dazu kritisch äußern, der Verwaltung Jugendfeindlichkeit vorwerfen und unter anderem meinen, ein zweifelhafter Veranstalter, der sich „Freischwimmer“ nennt, gehöre in diese Kategorie der Jugendförderung. Hierzu haben wir auf eine Anfrage vom 14. November 2013 eine sehr aufschlussreiche Antwort unter dem 26. November 2013 erhalten. Der Inhalt ist bekannt. Es ist, anders als die Zeitung meint, kein „Nachklapp“. Das Thema ist hochaktuell. Wir warnen davor, falsche Stimmungen zu verbreiten und die Augen vor untragbaren Zuständen und untragbaren Veranstaltern zu schließen. Auch die angedeutete und wohl aktuell geplante Aktivität unzuverlässiger Veranstalter über Mittelsmänner oder über vorgeschobene Gesellschaften wäre unverantwortlich, sofern deutlich wird, dass der dahinter Stehende unzuverlässig ist.

Unverändert sehen wir in den Ortschaften die Demokratie im Kleinen, der wir Freiraum und Gestaltungsraum lassen sollten. Wir sehen bei den ehemaligen Ortschaften mit Zusammengehörigkeitsgefühl eine Menge von Aufgaben, die örtlich anfallen und örtlich gelöst werden sollten, und zwar nicht als Doppelarbeit neben der Verwaltung. Sondern, was örtlich getan werden kann, sollte örtlich erledigt werden. Eine Stärkung der Ortschaftsräte in ihrer Wertigkeit und in den Abläufen wäre ein Vorzug für die Gesamtstadt.

In den vergangenen zwei Jahren haben wir als Stadt wieder einiges bewirkt. Wir freuen uns, dass wir eine insgesamt gut funktionierende, fleißige und kompetente Verwaltung besitzen, die wir gerne unterstützen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von ganz oben bis ganz unten danken wir herzlich für ihre insgesamt engagierte und aller Anerkennung würdige Arbeit.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

Fraktionsvorsitzender
(Ludger Graf v. Westerholt)